

Der Habitus der Überlegenheit 28.01.2010

BERLIN/LONDON/KABUL (Eigener Bericht) - Afghanistan-Experten üben herbe Kritik an der heutigen Londoner Afghanistan-Konferenz. Das bereits seit Monaten als angeblich bedeutsam angekündigte Treffen sei völlig unzureichend vorbereitet worden, heißt es; den meisten Teilnehmern gehe es hauptsächlich "darum, einen gesichtswahrenden Rückzug einzuleiten", urteilt Conrad Schetter, ein prominenter Kenner des Landes und der westlichen Interventionspolitik. Zur Einstimmung auf die Londoner Zusammenkunft kündigt Berlin an, die deutschen Besatzungstruppen um 850 Soldaten aufzustocken. Die Planungen der Bundesregierung laufen darauf hinaus, mit Militär- und Polizeimaßnahmen lokale Milizen zu unterstützen ("Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen"); der Kriegsgegner soll durch Bestechung zum zeitweiligen Stillhalten veranlasst werden ("Aussteigerprogramm"). Gehen die Pläne auf, dann bleibt Afghanistan nach dem Abzug der Besatzer als von Warlords beherrschtes Gebiet zurück, nicht anders als nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen Ende der 1980er Jahre. Der damalige mörderische Krieg zwischen den Warlords mündete wenig später in den Aufstieg der Taliban.

Showveranstaltung

Mehrere renommierte Experten üben herbe Kritik an der heutigen Londoner Afghanistan-Konferenz. Wie Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network erklärt, ist das lange als angeblich bedeutsam beworbene Treffen "nicht ausreichend vorbereitet" worden und verspricht keine nennenswerten Ergebnisse.[1] Conrad Schetter von der Universität Bonn, der unter anderem für das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr und die NATO tätig ist, urteilt trocken: "Es geht den meisten Teilnehmern weniger um den langfristigen Wiederaufbau Afghanistans als darum, einen gesichtswahrenden Rückzug einzuleiten." [2] Die Presse äußert sich inzwischen ähnlich über den Showcharakter der heutigen Zusammenkunft. Demnach "geht es für die europäischen Regierungen in London vor allem darum", die Bevölkerung der europäischen Länder "zur Unterstützung oder wenigstens zum Ertragen des Engagements zu motivieren". [3] Mit "Engagement" ist der opferreiche Besatzungskrieg am Hindukusch gemeint. Weiter heißt es in der deutschen Presse, aus dem Ziel, den Unmut in der Bevölkerung der Besatzerstaaten zu beschwichtigen, ergebe sich auch das "Bemühen, die militärischen Entscheidungen" als "in einen politischen Prozess eingebettet darzustellen".

"Ausbilder"

Tatsächlich sind die Entscheidungen auf militärischer Ebene längst gefallen. Washington hat sich vor geraumer Zeit auf die zusätzliche Entsendung von rund 30.000 Soldaten festgelegt; Berlin kündigt nun an, das deutsche Mandat um 850 Soldaten aufzustocken. Deren Hauptaufgabe ist laut offiziellem Sprachgebrauch die Ausbildung afghanischer Militärs. Wie Verteidigungsminister Guttenberg erklärt, sollen sie dabei vor allem "Präsenz in der Fläche" zeigen und die "Rückzugsräume für die Taliban (...) minimieren" [4] - ein deutlicher Hinweis, dass es sich bei den angeblichen Ausbildungsprogrammen um Besatzungspraktiken unter Zuhilfenahme bewaffneter afghanischer Hilfskräfte handelt. Zugleich werden 5.000 US-Soldaten innerhalb der deutschen Besatzungszone im Norden Afghanistan stationiert - auch als "Ausbilder", wird behauptet. Das Ansinnen Berlins, vermehrt deutsche Polizisten als "Ausbilder" nach Afghanistan zu entsenden, stößt bei der deutschen Polizeigewerkschaft auf entschiedenen Protest - weil mit bewaffnetem Widerstand gegen die angebliche "Ausbildungs"-Tätigkeit "in der Fläche" gerechnet wird. "Es wären Himmelfahrtskommandos, Polizeiausbilder an der Seite afghanischer Polizisten in die Provinzen zu schicken", urteilt der Gewerkschaftschef angesichts der Berliner Sprachregelung, offenkundige Besatzungsmaßnahmen als Ausbildung zu deklarieren.[5]

Warlords

Die deutschen Militär- und Polizeimaßnahmen zielen laut offiziellen Angaben auf eine "Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen" in Afghanistan [6] - und damit nicht nur auf eine Schwächung der Regierung in Kabul, sondern zugleich auf eine Stärkung lokaler Machthaber. Diesen soll laut einem Strategiepapier für die

heutige Konferenz ab 2011 schrittweise die Kontrollgewalt über die bewaffneten Verbände übergeben werden. Insgesamt verbleibe den Besatzern, deren Abzug wohl schon 2011 beginnen werde, "als realistische Option nur eine Regionalisierung Afghanistans in autonome Gebiete", urteilt der ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Lothar Rühl; die staatliche Einheit Afghanistans werde allenfalls noch "formal" bestehen können.[7] Damit nähert sich Afghanistan einem Zustand, der erstmals nach dem Ende der sowjetischen Besatzung eingetreten war und das Land in der ersten Hälfte der 1990er Jahre prägte - einem Warlord-Regime, das jederzeit in blutige Kämpfe übergehen kann. Die Exzesse der afghanischen Warlords zu Beginn der 1990er Jahre forderten zahllose Opfer unter der Zivilbevölkerung und bereiteten damit dem Aufstieg der Taliban, die gegen die Warlords antraten, den Boden.[8]

Keine Demokratie

Berlin bereitet die Übergabe des Landes an örtliche Machthaber, die sich unter der westlichen Besatzung ohnehin einigen Einfluss bewahren konnten [9], auch auf propagandistischer Ebene vor. "Ohne Einbeziehung der Stammesfürsten kann Afghanistan nicht befriedet werden", erklärte der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose vor wenigen Tagen in der Boulevardpresse: Am Hindukusch entstehe "keine Demokratie nach westlichem Muster".[10] Am Wochenende schloss sich der Bundesinnenminister an: Es genüge, wenn es am Hindukusch die "Grundstruktur einer staatlichen Ordnung" gebe, die "einen Kern der Grundrechte achtet".[11] Zusätzlich zur geplanten Übergabe der Macht an diverse Warlords beteiligt sich Berlin an einem Bestechungsprogramm ("Aussteigerprogramm"), das zumindest einige Kriegsgegner eine Weile lang zum Stillhalten bewegen soll, um den westlichen Besatzern einen gesichtswahrenden Abzug zu ermöglichen. Beobachter äußern sich darüber mit großer Skepsis. Ein entsprechendes Programm habe es schon vor Jahren gegeben, sagt Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network: Man könne "noch nicht mal sagen", dass es "nicht erfolgreich war, sondern es ist grandios fehlgeschlagen".[12]

Zivilisatoren

Aufschlussreiche Feststellungen über die Konstitution, die es den westlichen Besatzern ermöglicht, ein Land umstandslos mit Krieg zu überziehen und es beim Ausbleiben von Erfolgen genauso umstandslos unter der Knute von Warlords zurückzulassen, hat kürzlich Conrad Schetter getroffen. Wie Schetter feststellt, "durchzieht die gesamte Intervention von der politischen Entscheidungsebene bis hin zum einfachen Bundeswehrsoldaten" nicht nur grundlegende "Ignoranz gegenüber der afghanischen Lebenswirklichkeit", sondern vor allem "der Habitus einer zivilisatorischen Überlegenheit". Die Afghanen würden prinzipiell nur als "Objekte" behandelt, ganz wie "wilde Indianer", denen man "bestenfalls eine Karl-May-Romantik" zugestehe.[13] Blutige Kriege gegen angebliche "Wilde" führte Deutschland schon zur Lebenszeit von Karl May - in seinen damaligen Kolonien. Der dort virulente "Habitus zivilisatorischer Überlegenheit" zeigt sich heute erneut - beileibe nicht nur in Afghanistan.

Weitere Berichte über die deutsche Afghanistan-Politik finden Sie hier:

[Vormarsch auf Kabul](#) , [Afghanistan sagt Danke](#) , [Kriegsabstimmung](#) , [Partner ohne Uniform](#) , [Hilfsgeld-Empfänger](#) , [Kriegsgebiet Südwestasien](#) , [Das Jahr der Entscheidung](#) , [Warlords](#) , [Krieg ist Frieden](#) , [Die Bomben von Kunduz](#) , [Killerteams](#) , [Verloren](#) , [Vorreiterin](#) , [Totalschaden](#) , [Im Partisanenkrieg](#) , [Strafexpeditionen](#) , [Eskalation à la Irak](#) und [Termini Technici](#) .

[1], [2] Das letzte Aufgebot; Rheinischer Merkur 21.01.2010

[3] Druckbetankung kurz vor dem Abflug; Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.01.2010

[4] Zu Guttenberg stellt künftige Afghanistan-Strategie vor; www.bmvg.de 26.01.2010

[5] Streit in Berlin über die Polizeiausbildung in Afghanistan

[6] LVZ: Guttenberg warnt SPD vor Oppositions-Reflex bei Afghanistan-Politik/Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen als deutscher Impuls; finanznachrichten.de 22.11.2009

[7] Lothar Rühl: Ohne gute Optionen; Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.01.2010

[8] Ahmed Rashid: Taliban. The Story of the Afghan Warlords, London 2001

[9] s. dazu [Warlords](#) und [Strafexpeditionen](#)

[10] Frau Käßmann sollte Gottes Wort verkünden; Bild 14.01.2010

[11] "Afghanistan muss keine Demokratie werden"; Focus Online 24.01.2010

[12] "Eine militärische Lösung in Afghanistan ist gescheitert"; Deutschlandfunk 26.01.2010

[13] Conrad Schetter: Deutschland muss endlich eine ernsthafte Diskussion über den Sinn des Bundeswehreinsetzes am Hindukusch führen; Märkische Allgemeine 14.01.2010

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com